Wahlprüfsteine Europawahl 2024

Für das Wahlprüfstein-Verfahren zur Europawahl am 09.06.2024 formulierte der VDH Fragen und schickte diese an die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, Die Linke und SPD. Die eingegangenen Antworten finden Sie hier.

1. Im aktuellen EU-Verordnungs-Vorschlag ist u.a. eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden vorgesehen.
Wie stehen Sie dazu und wie soll dies insbesondere in Deutschland umgesetzt werden?

60% der Hunde und Katzen werden über das Internet gekauft. Die mangelhafte Rückverfolgbarkeit in diesem Handel führt zu Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier. Wir unterstützen eine generelle EU-weite Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht von Hunden und Katzen.

Der im Dezember 2023 vorgelegte Vorschlag der EU-Kommission zum Schutz von Heimtieren sieht vor, dass Hunde und Katzen mit einem Mikrochip versehen und registriert werden müssen, bevor sie in der EU verkauft werden. Dies ist eine von mehreren Maßnahmen gegen den illegalen Heimtierhandel. Wir begrüßen den Vorschlag der EU-Kommission. Wir werden prüfen, wie die einzelnen Maßnahmen, auch die Registrierungspflicht, praktikabel, bürokratiearm und möglichst kostengünstig umgesetzt werden können.

Konkret fordern wir als SPD eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden in einer bundeseinheitlichen Datenbank, welche mit Datenbanken anderer EU-Länder kompatibel sein soll. Für den Verkauf von Tieren im Internet wollen wir eine Erlaubnispflicht mit entsprechendem Fach- und Sachkundenachweis des Anbieters und ein Verbot des anonymen Inserierens von Tieren. Die Betreiber einer Online-Plattform müssen dazu verpflichtet werden, die Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben zu kontrollieren sowie die Identifizierung, Registrierung und Rückverfolgbarkeit von Anbietern im Internet sicher zu stellen. Um wirksam gegen kriminelle Machenschaften vorgehen zu können, muss der illegale Tierhandel als Straftatbestand eingeführt werden, da damit wirksamere Strafen verbunden wären.

Die Linke fordert eine verpflichtende und einheitliche bundesweite einheitliche Chip- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen ein, damit deren Herkunft, Gesundheit und Haltungsbedingungen nachgewiesen werden können und um illegalen Welpenhandel eindämmen zu können. Zur Umsetzung gehören: Einführung einer staatlichen Datenbank für Heimtiere, bzw. Bündelung bereits existierender Datenbanken und Verknüpfung mit einer zentralen EU-Datenbank, Kennzeichnung nur durch zugelassene Tierärzte mit standardisierten Transpondern, Rückverfolgbarkeit bis zum Züchter sicherstellen.

2. Der illegale Welpenhandel ist seit vielen Jahren ein großes Problem und untrennbar verknüpft mit dem Themenkomplex Qualzucht und Ausbeutung von Hunden.
Wie wollen Sie den illegalen Welpenhandel künftig effektiver bekämpfen?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Auch um den illegalen Welpenhandel zu bekämpfen und die missbräuchliche Haltung von Tieren aufzuspüren, setzen wir uns für eine verpflichtende und eindeutige Registrierung und Kennzeichnung aller gehandelten Hunde ein.

CDU CSU

Illegaler Tierhandel ist ein Verbrechen gegen den Tierschutz und muss bekämpft werden, egal ob er über das Internet oder anders stattfindet (Stichwort Kofferraumwelpen). Die EU-Kommission hat auf Initiative von CDU und CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament den Vorschlag zum Schutz von Heimtieren vorgelegt, der die Probleme gezielt angeht. Der Vorschlag sieht präzise Regeln für die Aufzucht und den Transport von Heimtieren, insbesondere von Katzen und Hunden, vor. Alle aus Drittländern eingeführten Heimtiere sollen denselben Tierschutzstandards wie in der EU gezüchtete unterliegen. Hunde und Katzen sollen gechipt und registriert werden. Wir befürworten auch strenge Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit, automatisierte Kontrollen des Online-Handels und härtere Strafen im Kampf gegen den illegalen Handel. Uns war auch wichtig, dass der Tierhandel in den Digital-Service-Act der EU aufgenommen wurde. Insbesondere große Plattformen sind nun verpflichtet, illegalen Tierhandel aufzuspüren, Angebote zu löschen und zu melden.

SPD Soziale Politik für Dich.

Siehe Antwort zu Thema 1, da Kennzeichnung und Registrierung unmittelbar mit Kontrollen illegalen Handels verbunden sind.

Die Linke

Wir setzen uns ein für eine einheitliche EU-weite Regelung zur Registrierung von Züchtern und Haltern, Aufbau von Ermittlungsstrukturen, die den Internethandel überwachen und gegen Verstöße konsequent vorgehen, sowie die behördliche Registrierung von Züchtern.

3. Aus dem o. g. EU-Verordnungsvorschlag geht hervor, dass ein Verbot von Hunden allein aufgrund morphologischer Merkmale nicht vorgesehen ist, sondern Qualzucht auch durch geeignete Zuchtprogramme bekämpft werden soll.
Wie ist Ihre Strategie zur Bekämpfung der Qualzucht?

Eine Qualzucht kann durch sehr unterschiedliche Erscheinungsformen und Krankheitsbilder erfüllt und für die betroffenen individuellen Tiere mit erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sein. Wir möchten die Tiere von Qualzuchtmerkmalen befreien und die Züchtung stärker auf die Tiergesundheit ausrichten. Dafür streben wir u.a. Konkretisierungen und Erweiterungen der bereits in einigen Mitgliedstaaten bestehenden Qualzuchtverbote an. Ausschließlich gesunde Tiere ohne Qualzuchtmerkmale sollten zur Zucht verwendet werden dürfen. Eine Strategie zur Bekämpfung von Qualzuchten sollte neben einem Zuchtverbot flankiert werden, indem individuelle Tiere mit Qualzuchtmerkmalen künftig nicht mehr verkauft, ausgestellt, mit ihnen geworben oder gehandelt werden dürfen. Das Züchten gesunder Tiere bleibt erlaubt, es geht dabei nicht um pauschale Verbote von bestimmten Rassen.

Für CDU und CSU ist klar, dass Tiere nicht so gezüchtet werden dürfen, dass mit den Merkmalsausprägungen Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind. Wir begrüßen, dass der EU-Verordnungsvorschlag einheitliche Tierschutzstandards innerhalb der Europäischen Union zur Verhinderung der Zucht kranker Hunde und Katzen (Qualzucht) zum Ziel hat. So sollen Inzucht verboten und negative Auswirkungen bestimmter Merkmale, insbes. brachyzephale, auf das Wohlergehen der Tiere durch die Selektions- bzw. Zuchtprogramme auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Diese Vorschläge werden wir bei den Beratungen des Verordnungsvorschlags intensiv prüfen. Unsere EU-Politiker werden dabei die Expertise der Verbände einbeziehen.

Qualzucht sollte beendet werden. Dafür könnten etwa klare Kriterien nach niederländischem Vorbild eines Ampelsystems, ab wann von einer Qualzucht gesprochen werden kann, um sie zu verbieten, hilfreich sein, sowie ein Zuchtverbot für besonders kurznasige Tierrassen.

Die Linke fordert für alle Tiere die konsequente Umsetzung des Verbotes der Qualzucht. Um gezielt dagegen vorgehen zu können, müssen erblich bedingte Veränderungen und Verhaltensstörung konkret benannt werden und das Züchten bestimmter Rassen und Linien untersagt werden. Effektiv kann so ein Verbot nur wirken, wenn es einhergeht mit Maßnahmen wie einheitliche Regeln zur Registrierung, Sachkundenachweis für Züchter und konsequenter Verfolgung von Verstößen.

4. Nach Ansicht zahlreicher Experten besteht außerhalb der kontrollierten Hundezucht ein enormes Vollzugsdefizit bezüglich wichtiger Rechtsnormen aus dem Bereich Tierschutz.
Wie wollen Sie das bestehende Vollzugsdefizit im Bereich Tierschutz außerhalb der kontrollierten Zucht verringern?

Durch eine Konkretisierung der bereits in einigen Mitgliedstaaten bestehenden Qualzuchtverbote mittels Einführung nicht abschließender Listen von möglichen Symptomen erleichtern wir den Vollzug und helfen damit Züchter*innen zu erkennen, ob eine geplante Zucht gegen das bereits geltende Qualzuchtverbot verstößt.

Mit der Novellierung der Tierschutz-Hundeverordnung sind die Anforderungen an die Hundezucht deutlich erhöht worden. So darf in der gewerbsmäßigen Hundezucht eine Betreuungsperson nur noch maximal drei Würfe gleichzeitig betreuen. Viele Vorschriften, wie eine Mindestzeit von vier Stunden für den täglichen Umgang mit den Welpen, gelten auch für private Hobbyzuchten. Die Einhaltung der Vorschriften muss natürlich auch kontrolliert werden. Wer Hunde gewerbsmäßig züchtet, was in der Regel ab drei Zuchthunden anzunehmen ist, braucht eine Erlaubnis des Veterinäramtes, wodurch hier die Kontrolle einfacher durchzuführen ist.
Bessere Möglichkeiten der Kontrolle erhoffen wir uns von dem neuen EU-Vorschlag zum Schutz der Heimtiere, etwa durch die Registrierung und die Maßnahmen der Rückverfolgbarkeit beim Handel.
Zusätzlich zu rechtlichen Maßnahmen setzen wir auf verstärkte Aufklärung von Kaufinteressenten über die Risiken des Kaufs von Hunden aus prekären Zuchten.

Eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht von Hunden kann eine wichtige Grundlage für die Behebung des Vollzugsdefizits wichtiger Rechtsnormen aus dem Bereich Tierschutz außerhalb organisierter Zuchtvereine geschaffen werden.

Hier ist eine Aufstockung des Personals in den zuständigen Behörden notwendig, sowohl bei der Polizei, um organisierten illegalen Handel schneller aufzudecken, bei der Justiz (inklusive Fachstaatsanwaltschaften und Schwerpunktgerichte für Tierschutzfragen), in den zuständigen Fachämtern, für bessere Kontrollen, und leicht zugängliche Meldestellen für Bürger*innen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Verbandsklagerecht für Umweltund Tierschutzvereinigungen in den EU-Mitgliedsstaaten ein.

Wahlprüfsteine Europawahl 2024

5. Kenntnisse über Grundlagen der Zucht, wie Verlauf der Trächtigkeit, Geburtsablauf und Welpenentwicklung sind wichtige Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Hundezucht. Dies sollte über einen Sachkundenachweis für Züchter sichergestellt werden.
Wie stehen Sie zu einem solchen Sachkundenachweis?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Grundsätzlich befürworten wir die Erforderlichkeit tierartspezifischer Sachkundenachweise vor Aufnahme von Tätigkeiten mit und an Tieren.

CDU CSU

Wir halten einen Sachkundenachweis, der Kenntnisse über Trächtigkeit, Geburt und Aufzucht von Welpen enthält, für alle Züchter für sinnvoll.

SPD Soziale Politik für Dich.

Ein Sachkundenachweis für Züchter kann ein wichtiges Instrument sein, um eine verantwortungsvolle Hundezucht zu fördern.

Die Linke

Ein Sachkundenachweis sollte für Züchter Grundvoraussetzung sein. Darüber hinaus sehen wir die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises auch für Hundehalter als sinnvoll an.